

Hans-Christian Herrmann

Sozialer Besitzstand
und gescheiterte
Sozialpartnerschaft.
Sozialpolitik
und Gewerkschaften
im Saarland
1945 bis 1955

HANS-CHRISTIAN HERRMANN
SOZIALPOLITIK UND GEWERKSCHAFTEN
IM SAARLAND 1945 bis 1955

Veröffentlichungen
der Kommission für Saarländische Landesgeschichte
und Volksforschung

28

Hans-Christian Herrmann

**Sozialer Besitzstand
und gescheiterte Sozialpartnerschaft.
Sozialpolitik und Gewerkschaften
im Saarland
1945 bis 1955.**

Saarbrücken 1996

Kommissionsverlag: Saarbrücker Druckerei und Verlag GmbH, Saarbrücken

Herrmann, Hans-Christian:

Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft: Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945 bis 1955 / Hans-Christian Herrmann. – Saarbrücken: Saarbrücker Dr. und Verl., 1996

(Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung; 28)

ISBN 3-930843-05-6

NE: Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung: Veröffentlichungen der Kommission ...

© 1996 by Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung eV, Saarbrücken.

Alle Rechte vorbehalten.

Ohne schriftliche Genehmigung der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung eV ist es nicht gestattet, das Werk unter Verwendung mechanischer, elektronischer und anderer Systeme in irgendeiner Weise zu verarbeiten und zu verbreiten. Insbesondere vorbehalten sind die Rechte der Vervielfältigung – auch von Teilen des Werkes – auf photomechanischem oder ähnlichem Wege, der tontechnischen Wiedergabe, des Vortrags, der Funk- und Fernsehsendung, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, der Übersetzung und der literarischen oder anderweitigen Bearbeitung. Gesamtherstellung: Weihert-Druck, Darmstadt

Printed in Germany

ISBN 3-930843-05-6

ISSN 0454-2533

VORWORT

Die vorliegende Untersuchung entstand auf Anregung von Professor Dr. Rainer Hudemann im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Forschungsprojektes "Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an der Saar 1945-1955". Sie wurde im Sommersemester 1995 als Dissertation an der Universität des Saarlandes angenommen. Ohne die großzügige Unterstützung der Volkswagen-Stiftung wäre die vorliegende Studie, die zahlreiche Archivreisen erforderte, nicht möglich gewesen, dafür danke ich sehr. Eine erhebliche Erleichterung bedeutete auch die vom Landtag des Saarlandes finanziell ermöglichte Mikroverfilmung der Saarbetreffe im Archiv des französischen Außenministeriums in Paris und Nantes durch eine Equipe unter Leitung von Professor Dr. Rainer Hudemann.

Meinem akademischen Lehrer Professor Dr. Rainer Hudemann und meinem Kollegen im Forschungsprojekt Dr. habil. Armin Heinen bin ich zu außerordentlichem Dank verpflichtet. Zu danken habe ich auch Dr. habil. Paul Thomes, der als zweiter Berichterstatter bei dem Promotionsverfahren mitwirkte.

Mein Dank gilt auch den zahlreichen Archivaren deutscher und französischer Archive, die im Anhang aufgeführt sind.

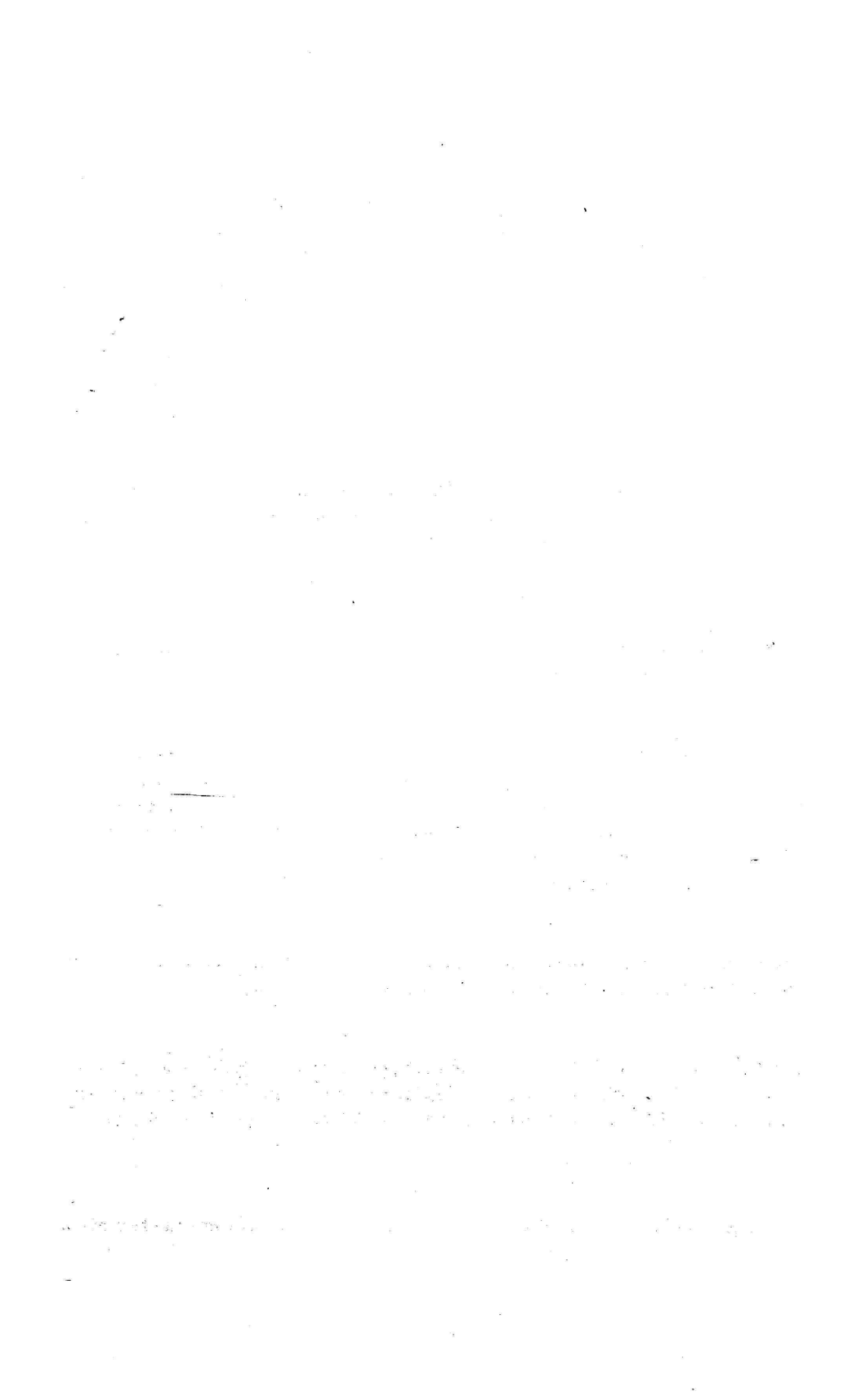
Für geduldiges Zuhören und wertvolle Anregungen, für Ermutigung und praktische Hilfe im Umgang mit informationstechnischen Problemen danke ich meinen Studienkollegen und -kolleginnen Dr. Dietmar Hüser, Judith Hüser, Katja Müller, Hanne Tischleder, Annette Maas und insbesondere Anne und Marcus Hahn, die mir bei der Vorbereitung zur Drucklegung eine entscheidende Stütze waren, ihnen sei nochmals ausdrücklich gedankt.

Der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe ihrer Veröffentlichungen.

Der Druck wurde möglich durch die freundliche Unterstützung des Saarländischen Landtages und der Arbeitskammer des Saarlandes im Rahmen ihrer Kooperation mit der Universität. Für einen weiteren Zuschuß danke ich der Universität des Saarlandes.

Marburg/Lahn im Frühjahr 1996

Hans-Christian Herrmann



INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	S. 5
INHALTSVERZEICHNIS	S. 7
EINLEITUNG	S. 13
I. SOZIALVERSICHERUNGSREFORM ZWISCHEN NEUORDNUNG UND TRADITIONSKONFLIKTEN	S. 27
1. Internationale Sozialversicherungsdiskussion ab 1941	S. 27
2. Organisation und Verwaltungsstruktur der Sozialversicherung im Saarland bis zur Sozialver- sicherungsreform 1947	S. 28
3. Ausgangssituation in der Sozialversicherung nach 1945	S. 32
3.1 Finanzielle Probleme	S. 32
3.2 Organisationschaos	S. 33
3.3 Abschied von der Alterspyramide	S. 34
4. Die Neugestaltung der Sozialversicherung	S. 36
4.1 Saarländische Reformansätze	S. 37
4.2 Französische Reformplanungen	S. 42
4.3 Reform zwischen Neuordnung und Tradition	S. 47
4.4 Das Streben nach gesellschaftlicher Akzeptanz	S. 59
5. Kontroversen um die Reform	S. 66
5.1 Protest der Ärzte	S. 66
5.2 Widerstände des christlichen Lagers	S. 79
6. Ergebnisse im Vergleich zur Französischen Besatzungszone	S. 87
II. SOZIALPOLITISCHE ENTWICKLUNG IM KONFLIKTFELD ZWISCHEN TRADITION UND ANPASSUNG	S. 95
1. Synthese divergierender sozialpolitischer Traditionen bei Arbeitslosenversicherung und Familienzulagen	S. 95
1.1 Divergenz sozialpolitischer Probleme und Schwerpunktbildungen	S. 96
1.1.1 Französische Familienpolitik	S. 96
1.1.2 Familienpolitik in Deutschland bis 1945	S. 98
1.2 Familienzulagen im Saarland als Ergebnis einer Teilassimilation	S. 100
1.3 Arbeitslosigkeit als späte Herausforderung der französischen Sozialpolitik	S. 105

1.4 Der Weg zur deutschen Arbeitslosenversicherung	S. 107
1.5 Wiedereinführung und Ausbau der Arbeitslosenversicherung im Schatten der deutschen Sozialversicherungstradition	S. 109
2. Verzahnung saarländischer Reformpolitik mit den Intentionen des Wirtschaftspartners	S. 113
2.1 Ausdehnung der Sozialversicherungspflicht	S. 113
2.2 Egalitätspolitik in der Rentenversicherung	S. 116
2.2.1 Historischer Rückblick	S. 116
2.2.2 Saarländische Rentenreform	S. 120
2.3 Staatliche Sozialrentnerhilfe als Instrument gegen Rentnerarmut	S. 127
3. Interferenzen und Partikularismus	S. 129
3.1 Feiertagsregelung	S. 130
3.2 Das Finanzierungsmodell der Sozialversicherung	S. 132
3.3 Der Plafond	S. 138
3.4 Der Stellenwert des Beitragsprinzips in der Rentenversicherung	S. 145
4. Sozialpolitische Emanzipation vom französischen Wirtschafts- partner	S. 148
4.1 Kreativer Umgang mit der deutschen Sozialversicherungs- tradition	S. 149
4.2 Saarländische Emanzipationstendenzen	S. 153
5. Ergebnisse	S. 159
III. DIE POLITISCHE FUNKTION DER SOZIALPOLITIK	S. 162
1. Expansion der Sozialpolitik als generelles Entwicklungsmoment	S. 162
2. Instrumentalisierung der Sozialpolitik	S. 163
IV. 'SOZIALER BESITZSTAND' UND 'ROSINENTHEORIE': LEISTUNGSVERGLEICH SAARLAND-BUNDESREPUBLIK	S. 174
1. Feiertagsregelung	S. 174
2. Familienpolitik	S. 179
2.1 Startvorteile für die saarländische Familienpolitik nach 1945	S. 179
2.2 Gesellschafts- und bevölkerungspolitische Auswirkungen	S. 187
2.3 Familienpolitischer Leistungs- und Entwicklungsvorsprung	S. 191
2.4 Das Scheitern der 'Rosinentheorie' oder erfolglose Interferenzen und Interaktionen zwischen saarländischer und bundesrepublikanischer Sozialpolitik	S. 196
3. Kriegsopferversorgung im Saarland	S. 214
3.1 Kriegsopferversorgung als gesellschaftspolitische Herausforderung nach 1945	S. 214

3.2	Vom Dualismus zur Vereinheitlichung der Versorgungsgesetzgebung an der Saar	S. 216
3.3	Wirksame Interessenvertretung der Kriegsofopfer	S. 225
3.4	Politische Instrumentalisierung der Kriegsofopferversorgung	S. 229
3.5	Vergleich zwischen saarländischer und deutscher Kriegsofopferversorgung	S. 234
4.	Aspekte der Wiedergutmachung im Saarland	S. 243
4.1	Psychologische Voraussetzungen zur Wiedergutmachung	S. 244
4.2	Entwicklung der Wiedergutmachung im Saarland	S. 245
4.3	Hindernisse für eine weiterreichende Wiedergutmachung	S. 252
4.4	Politische Kontroverse zwischen den Koalitionsparteien	S. 259
4.5	Saarländische Wiedergutmachung im Vergleich	S. 264
4.5.1	Leistungsvergleich	S. 264
4.5.2	Saarländische Wiedergutmachung unter Dominanz der Innenpolitik	S. 266
4.5.3	Außenpolitik und Wiedergutmachung	S. 276
5.	Resümee	S. 278
V.	ENTWICKLUNG UND STRUKTUREN DER GEWERKSCHAFTEN (1945-1955)	S. 283
1.	Politisierung und nationale Emotionalisierung	S. 283
2.	Die Anfänge des gewerkschaftlichen Wiederaufbaues	S. 285
3.	Die Bildung einer kommunistischen Basis in den Gewerkschaften	S. 291
4.	Die Zulassung christlicher Gewerkschaften als Ergebnis einer Interaktion parteipolitischer Interessenbildung	S. 298
4.1	Französische Gewerkschaftslobby und Besatzungspolitik	S. 298
4.2	Divergenzen auf allen französischen Ebenen	S. 301
4.3	Die Gründung christlicher Gewerkschaften unter innenpolitischen Aspekten	S. 305
4.4	Reaktionen auf die Gründung christlicher Gewerkschaften	S. 311
5.	Kommunisten auf Gewerkschafts- und Betriebsratsebene im Vergleich mit deutschen Ländern nach Konvergenz- und Divergenzgesichtspunkten	S. 315
5.1	Betriebsparteigruppen und Betriebsratsarbeit	S. 315
5.2	Stabilisierung der KP als saarländische Sonderentwicklung	S. 323
5.3	Auswirkungen der KP-Betriebsarbeit auf das Wahlverhalten	S. 333
6.	Die Bedeutung der Vitus-Heller-Bewegung für die saarländischen Gewerkschaften zwischen 1945 und 1955	S. 336
7.	Ergebnisse	S. 340

VI. DIE GENESE DER GEWERKSCHAFTLICHEN OPPOSITION	S. 342
1. Verpachtungskontroverse als erster großer Politisierungsschub	S. 343
2. Nationale Überformung soziostruktureller Divergenzen	S. 346
2.1 Die Neugestaltung der Technischen Direktion	S. 346
2.2 Gedingekontrolle und Personalpolitik	S. 347
2.3 Angleichung an die lothringischen Löhne	S. 353
3. Tarifvertragskontroverse als gewerkschaftliche Legitimitätsfrage	S. 355
3.1 Historisch gewachsene Unterschiede	S. 355
3.2 Assimilierung des Saarlandes an französische Strukturen	S. 358
3.3 Französische Assimilierungsforderung gegen saarländischen Emanzipationsanspruch	S. 365
4. Die Instrumentalisierung der Gewerkschaften von außen	S. 370
4.1 Die Strategie des Saarreferates im Auswärtigen Amt	S. 370
4.2 Phantom oder Fakt: Die Zusammenarbeit in der Saarfrage zwischen KPD/SED und westdeutschen Industriellen und die Neubewertung des Remer-Telegramms	S. 379
5. Die Rolle der DSP für die Koordinierung und Dynamisierung der gewerkschaftlichen Opposition	S. 388
5.1 Die Entwicklung der oppositionellen Sozialdemokratie	S. 388
5.2 Koordinierung und Vernetzung der Opposition	S. 401
6. Zur Saarpolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes	S. 407
6.1 Das Ende der Zuschauerrolle	S. 407
6.2 Dynamisierung der Saarpolitik des DGB durch Gewerkschaftsrepression	S. 407
6.3 Politische Neutralität aus Sorge um den Gewerkschaftsgedanken	S. 411
6.4 Die Sonderrolle regionaler Gewerkschaftseliten	S. 413
7. Christliche Gewerkschaften und Opposition	S. 415
7.1 Primat der parteipolitischen vor der gewerkschaftlichen Opposition	S. 415
7.2 Gegensätzliche Oppositionsstrategien	S. 416
7.3 Die Verbindungen nach Bonn	S. 418
7.4 Konkurrenz zwischen DGB und christlichen Gewerkschaften	S. 420
8. Ergebnisse	S. 423
VII. BETRIEBLICHE MITBESTIMMUNG	S. 427
1. Die betriebliche Mitbestimmung in der französischen Besatzungspolitik	S. 428
1.1 Frankreich und die Mitbestimmungsfrage im Kontrollrat	S. 428
1.2 Die Betriebsrätegesetzgebung in der französischen Zone	S. 430

1.3 Die saarländische Betriebsräteverordnung	S. 431
1.4 Kritik der "Patrons" an der Betriebsräteverordnung	S. 435
2. Das Ringen um den Ausbau der Mitbestimmung	S. 438
2.1 Fortschrittliche Mitbestimmung zur Schärfung sozialdemokratischen Profils	S. 438
2.2 Kurswechsel und Widerstand des Hohen Kommissariates in der Mitbestimmungsfrage	S. 441
2.3 Differenzen auf der französischen Entscheidungsebene	S. 444
3. Sozial- und mentalitätsgeschichtliche Divergenzen und ihre Auswirkungen auf die Mitbestimmungsdiskussion	S. 445
3.1 Sprache als Indikator gesellschaftlicher Divergenzen	S. 446
3.2 Traditionelle Divergenzen in Verständnis und Ausübung unternehmerischer Herrschaft	S. 446
3.3 Das Hohe Kommissariat und die Mitbestimmung als Spiegel divergierender Mentalitäten und Soziostrukturen	S. 449
3.4 Die gesellschaftliche Rolle der französischen Gewerkschaften	S. 450
4. Tradition gegen historischen Reflex: Mitbestimmung in Deutschland und Frankreich	S. 451
4.1 Das Entstehen einer Tradition	S. 452
4.2 Mitbestimmung als historischer Reflex ohne stabilen gesellschaftlichen Konsens	S. 459
5. Französische "Crise Sociale" als Folie für die Interpretation saarländischer Entwicklungen - ein Beispiel für die blockierende Wirkung von Interaktionen	S. 462
5.1 Der Kurswechsel von P.C.F. und C.G.T.	S. 463
5.2 Die Patrons und die Mitbestimmung - zwischen Distanz und Ablehnung	S. 465
5.3 Die Distanz der Arbeitnehmer	S. 467
5.4 Lang andauernde bürgerkriegsähnliche Streikwellen	S. 468
5.5 Die Auswirkungen der "Crise Sociale" auf die französische Sichtweise saarländischer Entwicklungen	S. 470
6. Die Mitbestimmungsfrage in der saarländischen Diskussion	S. 473
6.1 Nationale Agitation	S. 473
6.2 Differenzen im Lager der CVP	S. 476
7. Die Funktion der Arbeitskammer	S. 481
7.1 Arbeitskammer und gewerkschaftliche Qualifizierung	S. 481
7.2 Arbeitskammer und Mitbestimmung	S. 483
7.3 Die Arbeitskammer als Instrument einer kontrollierten Arbeitnehmersvertretung	S. 484

VIII. ERGEBNISSE	S. 488
BIOGRAPHISCHER ANHANG	S. 496
QUELLEN UND DARSTELLUNGEN	S. 530
I. Archive	S. 530
II. Interviews und persönliche Mitteilungen	S. 534
III. Zeitschriften und Amtsblätter	S. 534
IV. Gedruckte Quellen und Darstellungen: Monographien und Aufsätze	S. 535
ABKÜRZUNGEN	S. 570
PERSONENREGISTER	S. 573

EINLEITUNG

Reizthema und Tabu

Für die Saarländerinnen und Saarländer, die den 23. Oktober 1955 - die Abstimmung über das Saar-Statut - erlebt haben, stellt dieser Tag ein Schlüsselerlebnis in ihrer Biographie dar. Die Frage Ja oder Nein zum Statut¹ wurde zur Gretchenfrage und spaltete das dicht besiedelte Land in die Gruppe der "Ja"- und der "Neinsager" auf. Ein Riß ging durch Familien, Freundschaften brachen auseinander. Nach dem Nein zum Saar-Statut und dem Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik in zwei Stufen 1957 und 1959 wurden "alte Rechnungen" zwischen ehemaligen Autonomisten und Anhängern der pro-deutschen Richtung beglichen. Die Emotionalisierung und Polarisierung dieser Jahre spiegelt sich auch in der Quellensituation wider, auf die noch genauer einzugehen ist. Sowohl bei den autonomistischen als auch bei den pro-deutschen Parteien, aber auch bei Verbänden und Interessenvertretungen war Verbrennen, Vernichten und Verstecken von Akten angesagt. Nach der Fusion der sozialdemokratischen und christlichen Parteien verlangte die Parteidisziplin eine gegenwarts- und zukunftsorientierte sachliche Zusammenarbeit. Persönliche Animositäten zwischen ehemaligen "Ja- und Neinsagern" wurden nicht artikuliert und nur langsam abgebaut. In diesem Klima konnte eine historische Bewältigung nicht gedeihen.

1995, vierzig Jahre danach, ist im Gespräch mit Zeitzeugen die alte Spannung immer noch erfahrbar. Bis heute sind nicht alle Wunden verheilt. Die saarländische Öffentlichkeit wie die politische Spitze beschränkten sich in den Gedenkjahren 1960, 1965, 1970 etc. auf eine aus politischem Kalkül behutsam formulierte deskriptive Rückschau. In den Ortschroniken und Jubiläumsschriften wird die Hoffmann-Zeit meist nur gestreift, besonders gescheut werden Personenangaben.² Die Angst, alte Wunden und Gräben aufzureißen, sich unbeliebt zu machen, war lange Zeit verbreitet. Die Generation der jüngeren Politiker, die wegen ihres Lebensalters noch nicht Akteure auf der politischen Bühne des ersten Nachkriegsjahrzehntes sein konnte, zeigte ein geändertes, unbefangeneres Verhalten. Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD) machte keinen Hehl daraus, daß in der Saarbrücker Staatskanzlei in der Porträtgalerie der Ministerprä-

¹ Das Saar-Statut sah vor, daß das Saarland einen europäischen Status erhalten sollte. Darüber sollte die saarländische Bevölkerung in einem Referendum abstimmen. Im Wahlkampf wurde das Ja oder Nein zum Statut zum Ja oder Nein zu Deutschland umgedeutet. Siehe z.B.: Hans-Walter H e r r m a n n und Georg Wilhelm S a n t e, Geschichte des Saarlandes, Würzburg 1972, S.51 f. Judith H ü s e r, Frankreich und die Saarabstimmung vom 23. Oktober 1955. Innen- und außenpolitische Problemstellungen zur Lösung der Saarfrage, in: Rainer H u d e m a n n und Raymond P o i d e v i n (Hrsg.), Die Saar 1945-1955. Ein Problem der europäischen Geschichte, München 1992, S.359-380.

² Hans-Walter H e r r m a n n, Literatur zur frühen Nachkriegsgeschichte des Saarlandes 1945-1957, in: Revue d'Allemagne XVIII/1986, S.123.

sidenten auch Johannes Hoffmann hing.³ Ein Jahr später setzte er diesen Kurs mit der Verleihung des saarländischen Verdienstordens an Richard Kirn, den streitbaren Sozialdemokraten und SPS-Vorsitzenden sowie langjährigen Minister für Arbeit und Wohlfahrt der Ära Hoffmann, fort. Unter Lafontaine wurde vierzig Jahre nach dem Referendum erstmals im Rahmen eines Staatsaktes des 23. Oktober 1955 gedacht. Auch der Stadtverband Saarbrücken setzte ein Zeichen, als das Regionalgeschichtliche Museum am 22. Oktober 1989 seine neue Abteilung 'Von der 'Stunde 0' zum 'Tag X' öffnete.

Im Sommer 1990 diskutierten in einem Kolloquium ehemalige Autonomisten, Exponenten der französischen Saarpolitik und Vertreter der prodeutschen Richtung mit Historikern über die Geschichte des Saarlandes zwischen 1945 und 1955. Rainer Hudemann, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität des Saarlandes, wies als Organisator darauf hin, daß bislang die "für das Saarland bedeutsame und charakteristische Sozialpolitik" wie auch der Gewerkschaftsaufbau noch kein hinreichendes Forschungsinteresse gefunden hätten. Diese Forschungslücke erstaunt um so mehr, wenn man bedenkt, welch hoher Stellenwert der Sozialpolitik von den Vertretern des wirtschaftlichen Anschlusses und auch ihren Gegnern beigemessen wurde und wie oft der Rückhalt der Regierung Hoffmann in der Bevölkerung Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre gerade mit ihren Sozialleistungen erklärt wurde.⁴

Forschungssituation⁵

Unmittelbar nach der Ablehnung des Saar-Statuts am 23. Oktober 1955 hatte dieser Abschnitt der saarländischen Geschichte zunächst erhöhtes wissenschaftliches und publizistisches Interesse gefunden. Im Jahre 1958 gaben Klaus Altmeyer, Jakob Szliska, Werner Veauthier und Peter Weiant, alle aktive Verfechter einer Ablehnung des Saar-Statuts, den Sammelband "Das Saarland. Ein Beitrag zur Entwicklung des jüngsten Bundeslandes in Politik, Kultur und Wirtschaft" heraus, der trotz der im Vorwort angestrebten "sachlichen von jeder bewußten Polemik freien Betrachtungs-

³ Peter S c h o l l - L a t o u r irrt bei seiner Behauptung, Lafontaine habe Hoffmanns Bild in die Porträtgalerie einreihen lassen, dies ging bereits auf Lafontaines Vorgänger Werner Zeyer (CDU) zurück, siehe ders., *Leben mit Frankreich. Stationen eines halben Jahrhunderts.* München 1988, S.476.

⁴ Siehe Einleitung und Diskussionsbeitrag von Rainer H u d e m a n n , in: Ders. und Raymond Poidevin (Hrsg.), *Die Saar 1945-1955. Ein Problem der europäischen Geschichte,* München 1992, S.9, 430.

⁵ Auf einen umfassenden Forschungsüberblick soll hier verzichtet werden. Siehe dazu: Armin H e i n e n , *Probleme regionaler Gegenwartsgegeschichte am Beispiel des Saarlandes nach dem Zweiten Weltkrieg,* in: Alfred Wahl (Hrsg.), *L'histoire moderne et contemporaine en Sarre-Lorraine-Luxembourg,* Metz 1990, S.194-196. H e r r m a n n , *Literatur zur frühen Nachkriegsgeschichte.* Zu ergänzen durch: Fritz J a c o b y , *Saarland,* in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 127/1991, S.555-609.

weise" die vorausgegangenen harten Auseinandersetzungen durchschimmern und die parteilich geprägte Voreingenommenheit erkennen läßt.⁶

Die außerordentlich materialreiche dreibändige "Saarpolitik" von Robert Heinz Schmidt⁷ läßt die Tendenzen einer ihrer hauptsächlichen Quellen erkennen, nämlich des sogenannten "Schneider-Becker-Archivs", einer sehr großen Sammlung von grauer Literatur, Zeitungsausschnitten, amtlichen Drucksachen, Berichten von Vertrauensleuten und teilweise illegal erworbener amtlicher Schriftstücke, die von den beiden DPS-Führern Richard Becker und Heinrich Schneider als Instrument und Dokumentation ihres Kampfes gegen die Regierung Hoffmann aufgebaut worden war und 1960 vom Landesarchiv Saarbrücken erworben wurde. Sie wird ergänzt durch den 1973 und 1974 hinzugekommenen Nachlaß Heinrich Schneider.

Walter R. Craddock, Per Fischer, und Jacques Freymond interessiert die Saarfrage vom supranationalen Blickpunkt aus. Sie thematisieren die Geschichte des Saarlandes zwischen 1945 und 1955 dabei vorrangig, um die deutsch-französischen Beziehungen zu erforschen, die durch die Saarfrage belastet wurden.⁸

Den Autoren dieser frühen Arbeiten waren kaum Akten saarländischer, deutscher und französischer Behörden zugänglich. Dies blieb auch in der folgenden Zeit so. Erst in den 1970er Jahren gewährte Ministerpräsident Dr. Franz Josef Röder Heinrich Schneider eine beschränkte Einsicht in Akten des ehemaligen Amtes für Auswärtige und Europäische Angelegenheiten. Dabei konnte Schneider entdecken, daß das Saar-Statut entgegen der bisherigen Annahme "nicht rasch entworfen worden war"⁹, sondern erste Überlegungen bis ins Frühjahr 1952 zurückreichten.¹⁰

⁶ Klaus Altmeyer u.a. (Hrsg.), Das Saarland, Saarbrücken 1958, S.8-9 (Vorwort der Herausgeber). Altmeyer war in der illegalen CDU aktiv, u.a. im Generalsekretariat und bei den Neuesten Nachrichten, Peter Weiant war bei der Industrie- und Handelskammer, Werner Veauthier in der CDU-Saar.

⁷ Robert H. Schmidt, Saarpolitik, 3 Bde., Berlin 1959-1962. Seine Studie wurde durch das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen gefördert. Dazu: Bundesarchiv Koblenz (BA KO), Nachlaß Jakob Kaiser/ NL 18, Nr.194, Bl.4-6, 10, 100, u.a. Ministerialrat Dr. Knoop an Karl Brammer vom 3.12.59.

⁸ Walter R. Craddock, The Saar-Problem in Franco-German relations, 1945-1957, Diss. Ann Arbor 1965. Per Fischer, Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945-1959, Frankfurt a.M. 1959. Jacques Freymond, Die Saar 1945-1955, München 1961. An neueren Arbeiten dazu sollen hier einige wichtige genannt werden. Zum Thema einer Annexion der Saar durch Frankreich, siehe: Rainer Hudemann, Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich 1945-1947, in: Ders. und Raymond Poidevin (Hrsg.), Die Saar 1945-1955. Ein Problem der europäischen Geschichte, München 1992, S.23 f.

⁹ Herrmann und Sante, Geschichte des Saarlandes, S.51.

¹⁰ Heinrich Schneider, Das Wunder an der Saar. Ein Erfolg politischer Gemeinsamkeit, München 1974, S.184-253.

Eine Zäsur innerhalb der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Saarlandes zur Hoffmann-Zeit markiert die 1984 erschienene Studie von Heinrich Küppers zur Bildungspolitik.¹¹ Er konnte als erster in größerem Umfang einschlägige Akten des Landesarchivs Saarbrücken verarbeiten. Die sich darin abzeichnende Liberalisierung der Zugänglichkeitspolitik wurde unter Ministerpräsident Werner Zeyer (CDU), der wohl ein Aufreißen alter Gräben fürchtete, wieder gestoppt.¹²

Nach dem Regierungswechsel 1985 brachte die 1986 erlassene reformierte Benutzerordnung eine gleitende Sperrfrist von 30 Jahren und damit auch die Freigabe der Sachakten aus der Hoffmann-Zeit. Rainer Möhler konnte mit seiner Arbeit über die Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland¹³ als erster davon profitieren und gleichzeitig auch französische Akten einsehen, die ebenfalls zugänglich wurden.

Eine von Rainer Hudemann geleitete Arbeitsgruppe konnte die Saarbetreffe der Akten des französischen Außenministeriums mit finanzieller Unterstützung des saarländischen Landtages ermitteln und verfilmen.¹⁴ Erste Arbeitsergebnisse flossen in einen Sammelband, der eine breite Palette von innen- und außenpolitischen Aspekten zur Geschichte der Saar zwischen 1945 und 1955 und die Ergebnisse des eingangs erwähnten Landtagskolloquiums abdeckte.¹⁵ Die erste auf breiter Quellenbasis französischer und deutscher Archive basierende Gesamtdarstellung zur Saargeschichte zwischen 1945 und 1955 stellt die Habilitationsschrift von Armin Heinen dar.¹⁶

Die Verbesserung der Quellenlage bildet die Voraussetzung dafür, auch die saarländische Sozialpolitik in der frühen Nachkriegszeit auf breiter Quellenbasis untersuchen zu können. Die vorliegende Studie "Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945-1955" versucht erstmals die Sozialpolitik der Ära Hoffmann ausführlich zu untersuchen. Dabei stellt sich die Frage, was unter dem Begriff Sozialpolitik subsumiert wird.¹⁷ Leitlinien für die

¹¹ Heinrich Küppers, *Bildungspolitik im Saarland 1945-1955*, Saarbrücken 1984.

¹² Mündliche Auskunft des Leiters des Landesarchivs Saarbrücken Herrn Prof. Dr. Hans-Walter Herrmann.

¹³ Rainer Möhler, *Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952*, Mainz 1992.

¹⁴ Siehe Heinen, *Probleme regionaler Gegenwartsgeschichte*, S.194-196. Siehe dazu insbesondere auch Rainer Hudemann, *Deutsche Geschichte in französischen Archiven. Nachkriegsakten in Colmar und Paris - Archivgut zur neueren Geschichte in Nantes*, in: *Der Archivar* 42/1989, S.475-488.

¹⁵ Hudemann und Poidevin (Hrsg.), *Die Saar 1945-1955*.

¹⁶ Armin Heinen, *Saarjahre, Politik und Wirtschaft im Saarland 1945-1955*, 2 Bde., Habilitationsschrift Universität Saarbrücken 1994.

¹⁷ Vgl. dazu: Hans Günter Hockerts, *Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Hans Pohl (Hrsg.), *Staatliche, städtische, betriebliche und kirchliche Sozialpolitik vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1991, S.270. Rainer Hudemann, *Kriegsopferpolitik nach den beiden Weltkriegen*, in: *Ebd.*, S.270.

einzelnen Aspekte saarländischer Sozialpolitik waren einerseits die grundlegenden Untersuchungen zur Sozialpolitik in den Besatzungszonen wie auch zur Bundesrepublik Deutschland der frühen fünfziger Jahre¹⁸ und andererseits auch der sogenannte soziale Besitzstand der Hoffmann-Zeit, um den die Saarländer nach dem Beitritt zur Bundesrepublik kämpften, dazu gehörten die Familienzulagen und die Kriegsopferversorgung. Darüberhinaus wurde die Themenauswahl auch von der Quellsituation bestimmt, auf die noch ausführlich eingegangen wird. So umfaßt die Untersuchung der Sozialpolitik einerseits die Frage nach der Struktur und dem Standard sozialer Leistungssysteme wie auch Fragen zur Neuordnung der Sozialversicherung und die Rentenpolitik, die Feiertagsregelung und die Bewältigung besonderer gesellschaftlicher Probleme wie die Kriegsopferversorgung und die Wiedergutmachung. Andererseits geht es aber auch um die Frage der Sozialpartnerschaft, um die Stellung der Gewerkschaften innerhalb der Gesellschaft und die Machtverteilung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, thematisiert am Tarifvertragsgesetz und der Mitbestimmung.

Sozialpolitik in der kollektiven Erinnerung

In der kollektiven Erinnerung an die Hoffmann-Zeit dominiert nicht nur der Slogan der Autonomiegegner "Der Dicke muß weg", sondern auch der Begriff des "sozialen Besitzstandes" und der "Speckfranzosen". Mit letzterem brachten die Bewohner der westlichen Besatzungszonen, ein wenig von Neid über den früher einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung und die Verbesserung der Ernährungssituation an der Saar beeinflußt, die günstige Entwicklung der Lebensbedingungen auf den Punkt.

Die Sozialpolitik spielt in der kollektiven Erinnerung der Saarländer an die Hoffmann-Zeit insofern eine besondere Rolle, als Gegner wie Anhänger der Saaraautonomie übereinstimmend das hohe soziale Niveau dieser Zeit betonen, wie etwa der KP-Mann Luitwin Bies, der für das Saarland eine "beachtliche soziale Versorgung" konzedierte¹⁹ oder Heinz Grandmontagne als Anhänger des Autonomiekonzeptes, der geradezu verklärend von den "sozialen Errungenschaften"²⁰ dieser Zeit spricht. Diese subjektiven Einschätzungen werden ja auch durch die heißen Diskussionen beim Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik zwischen 1957 und 1959 durch das Ringen um den "sozialen Besitzstand" bestätigt. Noch im November 1959 artikulierten streikende saarländische Arbeiter ihren Unmut mit Transparenten: "Im Saarland herrscht soziale

¹⁸ Hans Günter H o c k e r t s, Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980. H u d e m a n n, Sozialpolitik.

¹⁹ Diskussionsbeitrag von Luitwin B i e s, in: Hudemann und Poidevin (Hrsg.), Die Saar 1945-1955, S.319. Dr. Bies war Mitglied des Vorstandes der saarländischen KP von 1951 bis zu ihrem Verbot 1957.

²⁰ Diskussionsbeitrag von Heinz G r a n d m o n t a g n e, in: Ebd., S.315. Heinz Grandmontagne war Mitglied der SPS und ist Gründer und Direktor der Saarmesse GmbH.

Not. Die Bonner nehmen uns das Brot".²¹ Wegen des Verlustes des "sozialen Besitzstandes" liefen Heinrich Schneiders DPS bei den Landtagswahlen im Sommer 1959 scharenweise die Wähler davon.²² Kollektive Erinnerung ist immer zwischen Mythos, Fiktion und Realität angesiedelt. Ihr ist genuin, daß Menschen dazu neigen, sich an das zu erinnern, woran sie sich erinnern wollen.²³ Das Eingeständnis, auch ehemals prodeutsch wirkender Kräfte, von großzügigen Sozialleistungen zur Hoffmann-Zeit erklärt sich möglicherweise daraus, daß auf diese Weise die nationale Verbundenheit mit Deutschland, das Gefühl der Treue zum Vaterland, in seiner Uneigennützigkeit untermauert, vielleicht sogar überhöht werden sollte.

Kollektive Erinnerungen halten einer wissenschaftlichen Analyse nicht immer Stand und verzerren die Realität, wie die Erinnerung an die französische Besatzungszone zeigt. Im Rückblick dominieren Ausbeutung und Hunger. Wissenschaftliche Untersuchungen auf breiter Quellenbasis zeigen aber auch eine andere Seite der "Franzosen-Zeit", nämlich eine in sozialpolitischen Fragen ausgesprochen fortschrittliche Besatzungspolitik.²⁴

Die vorliegende Arbeit möchte nicht nur die Sozialpolitik der Ära Hoffmann in ihrer Breite erfassen und auch deskriptiv analysieren, was zwingend notwendig ist, da noch keine Einzelstudie vorliegt, sondern sie möchte auch globalere politische Zusammenhänge aufzeigen. Die Untersuchung eines bestimmten Politikbereichs der Hoffmann-Zeit ermöglicht es zu prüfen, wo das Zentrum der politischen Entscheidungsfindung lag. Wer gestaltete die Sozialpolitik bzw. wer waren ihre Entscheidungsträger? Gab es in der Sozialpolitik eine politische Selbständigkeit des Saarlandes? Diese Fragestellung erfordert eine Differenzierung und anschließende Gewichtung der Entscheidungsebenen. Sie setzt sich mit bestimmten Vorstellungen der kollektiven Erinnerung auseinander, wie Hoffmann und Kirn seien "Marionetten Grandvals" gewesen, die in anderer Form auch in der Wissenschaft sich in Schlagwörtern wie Grandval als "Frankreichs Prokonsul an der Saar" oder Hoffmann als "Protektorats-

²¹ Transparente auf einer Kundgebung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr am 4.11.59. Siehe: Hans-Walter Herrmann, Wirtschaftliche und soziale Entwicklung 1918-1959, in: Das Saarland. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Saarbrücken 1991, S.81.

²² Schneider, Das Wunder, S.520.

²³ Alexander und Margarethe Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967, S.65 f.

²⁴ Rainer Hudemann, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945-1953. Sozialversicherung und Kriegspopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988. Alain Lattard, Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz 1945-1949, Mainz 1988. Edgar Wolf, Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der "vergessenen Zone" bis zur Bildung des Südweststaates 1945-1952, Düsseldorf 1991.

chef" widerspiegeln.²⁵ Eine Analyse der saarländischen Sozialpolitik muß auch die Frage nach ihrem Stellenwert im politischen Koordinatensystem beantworten. Angesichts der besonderen politischen Situation ist zu prüfen, ob sie in der Ära Hoffmann eine spezielle Funktion hatte. Wurde sie instrumentalisiert, um eine von Deutschland abgetrennte Saar zu stabilisieren? Wie wurde die saarländische Sozialpolitik an der Saar, in Frankreich und in der jungen Bundesrepublik aufgenommen? Welche Rolle spielten die saarländischen Gewerkschaften? Der Titel der vorliegenden Arbeit "Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft" deutet schon eine Wertung an. Er ist formuliert aufgrund vertiefter Erkenntnisse über die Verflechtungen der oppositionellen Kräfte in den Gewerkschaften mit den pro-deutschen Parteien. Mit Blick auf die französisch-saarländische Wirtschaftsunion stellt sich die Frage, wie in der politischen Praxis gewünschte Harmonisierungsprozesse abliefen, welche Konflikte sich aus der Divergenz sozialer Traditionen und Wünsche im Saarland entwickelten.

Methodische Überlegung

Die Geschichte des Saarlandes ist die Geschichte eines Grenzraumes. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts wurde mit dem Nürnberger Vertrag von 1542 das Land an der Saar Grenzland.²⁶ Die Grenzlanderfahrung bildet ein wesentliches Element der regionalen Identität des Saarlandes und spiegelt sich in der Gegenwart in einem europäischen Denken wider, das Richard von Weizsäcker im Jahre 1984 bei seinem Antrittsbesuch als Bundespräsident in Saarbrücken würdigte: "Die Saarländer leben uns vor, wie man gleichzeitig ein guter Saarländer, ein guter Deutscher, ein guter Europäer und ein guter Nachbar sein kann".²⁷

Das Leben an der Grenze, gerade auch mit seinen schmerzlichen Erfahrungen von Spichern, Sedan und Verdun, der deutsch-französische Gegensatz im Zeitalter des Nationalismus prägen einerseits kollektives Bewußtsein der Menschen, wie andererseits die Entstehung des Saarlandes auch die Ernte jener unheilvollen politischen Beziehungen gewesen ist. Das Grenzlandschicksal bildet die kulturelle Identität und kompensiert damit das Fehlen eines historischen Raumes.

²⁵ So Tilman Mayer, in: Ders. (Hrsg.), Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl, Köln 1988, S.96. Dieter Marc Schneider, Gilbert Grandval. Frankreichs Prokonsul an der Saar, 1945-1955, in: Stefan Martens (Hrsg.), Vom "Erbfeind" zum "Erneuerer" (Francia-Beihefte Bd.27), Sigmaringen 1993, S.201-244. Schneider, Das Wunder, S.177 und Abb. 61, 62.

²⁶ Hans-Walter Herrmann, Umstrittener Grenzraum Saar, in: Deutschland. Porträt einer Nation, Bd.8, Gütersloh 1986, S.418.

²⁷ Zitiert nach: Fred Oberhauser, Das Saarland. Kunst und Kultur im Dreiländereck zwischen Blies, Saar und Mosel, Köln 1992, S.10.

Vor dem Hintergrund eines halben Jahrtausends als Grenzraum muß auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit saarländischer Geschichte dem Rechnung tragen. Unter allen Grenzräumen der Bundesrepublik Deutschland kommt ihm infolge seiner wechselnden territorialen Zugehörigkeit eine Sonderrolle zu. Das Saarland ist sozusagen zu einem "Grenzraum par excellence" geworden.²⁸

Grenzräume sind auch Vermittlungsräume.²⁹ Durch die besondere politische Situation des Saarlandes zwischen 1945 und 1955, durch seine Abtrennung vom ehemaligen Deutschen Reich und durch die Wirtschaftsunion mit Frankreich wird die Frage nach der Wirkung des Grenzraumes potenziert. Dabei ist zu überlegen, wie die unterschiedlichen nationalen Traditionen die sozialpolitische Entwicklung bestimmt haben.

Im Kontext der Wirtschaftsunion wurde das Saarland zwischen 1945 und 1959 sozialpolitisch zu einem Raum, in dem die sozialpolitischen Traditionen Deutschlands und Frankreichs in der Wirtschaftsunion aufeinanderstießen. Bleiben im Saarland alte Strukturen trotz der sozialpolitischen Harmonisierung im Kontext der Wirtschaftsunion erhalten?³⁰ Entstand hinsichtlich der sozialpolitischen Entwicklung eine Kontroverse? Oktroyierte Frankreich seine Sozialpolitik den Saarländern auf, kam es zum Transfer französischer Modelle im Sinne einer Assimilation oder blieben deutsche Traditionen im Sinne eines sozialpolitischen Partikularismus erhalten? Für die Phase der Eingliederung in die Bundesrepublik stellt sich die Frage, ob sozialpolitische Sonderentwicklungen des Saarlandes weiter bestehen blieben oder eine Anpassung an bundesdeutsche Normen erfolgte.

Die Arbeit versucht, auf diese Fragen eine Antwort zu finden und damit einen Beitrag zum kulturellen und politischen Verständnis zu leisten.³¹ Sozialpolitische Phänomene müssen dabei sowohl nach politischen Aspekten, z.B. im Sinne einer Neuordnungsfunktion, als auch nach kulturellen Traditionen und Mentalitäten hinterfragt werden. Dies erfordert eine interkulturelle Sensibilität, drei Ebenen sind dabei zu differenzieren. Die saarländische Sozialpolitik muß mit Entwicklungs- und Traditionslinien der deutschen und französischen Sozialpolitik verglichen werden, um Divergenzen und

²⁸ Wolfgang Brücher und Peter Robert Franke, Probleme von Grenzregionen. Das Beispiel Saar-Lor-Lux-Raum. Beiträge zum Forschungsschwerpunkt der philosophischen Fakultät der Universität des Saarlandes, Saarbrücken 1987, S.7.

²⁹ Rainer Hudemann, Grenzüberschreitende Wechselwirkungen in der Urbanisierung - Fragestellungen und Forschungsprobleme, in: Ders. und Rolf Wittenbrock (Hrsg.), Stadtentwicklung im deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzraum (19. u. 20. Jh.), Saarbrücken 1991, S.17, 20.

³⁰ Rolf Wittenbrock, Bauordnungen als Instrumente der Stadtplanung im Reichsland Elsaß-Lothringen (1870-1918). Aspekte der Urbanisierung im deutsch-französischen Grenzraum, St. Ingbert 1989, S.29, 308-310.

³¹ Heinen, Probleme regionaler Gegenwartsgeschichte, S.193, 198.

Konvergenzen herauszufiltern. Deshalb wird an einigen Stellen bewußt sehr ausführlich zu den Nachbarn geschaut, in der Familienpolitik etwa oder auch in Fragen der Sozialverfassung wie der Rolle der Gewerkschaften in der Gesellschaft, des Tarifvertragssystems und der betrieblichen Mitbestimmung. Dieser Ansatz ermöglicht es, sozialpolitische Phänomene nicht nur deskriptiv zu erfassen, sondern sie in ihrem Werden verstehen zu können. Er erfordert, sich ausführlich mit sozialpolitischen Traditionen und Entwicklungstendenzen Deutschlands und Frankreichs auseinanderzusetzen, wobei bis zur Jahrhundertwende zurückgegangen werden muß. Dies erklärt auch vom Autor beabsichtigte Wiederholungen, um das Lesen einzelner Kapitel ohne wesentliche Erkenntnisverluste möglich zu machen. Daneben erscheint es ebenso notwendig, nach Interaktionen zu fragen, um dadurch die Komplexität des politischen Raumes, die Entscheidungsträger und Entscheidungsebenen zu erfassen. Auf diese Weise sollen die politischen Spielräume der Regierung Hoffmann aber auch die der französischen Repräsentanten an der Saar ausgelotet werden. Die neueren Untersuchungen zur französischen Zone zeigen deutliche Inkohärenzen und Widersprüche in der französischen Deutschland- und Besatzungspolitik.³² Die Frage nach Interaktionen dient auch der Überprüfung, ob es überhaupt eine in sich geschlossene und abgestimmte französische Saarpolitik der Pariser Administration gegeben hat. Dies erfordert die differenzierte Analyse auf drei Ebenen, nämlich der Pariser Ministerien, des Oberkommandierenden der französischen Besatzungszone in Baden-Baden und schließlich des Délégué Supérieur bzw. Hohen Kommissars in Saarbrücken. Eine Untersuchung von Interaktionen versetzt uns in die Lage, interne Machtstrukturen, Konfrontationen und Kooperationen zu erkennen und das Gewicht der Entscheidungsträger besser einzuschätzen sowie zu prüfen, wodurch sie in ihrer Politik beeinflusst worden sind. Das Suchen nach Interaktionen beinhaltet z.B. auch die Frage, inwieweit die sozialpolitische Entwicklung im Saarland durch innerfranzösische Ereignisse beeinflusst worden ist.

Zum anderen stellt sich die Frage nach Interaktionen zwischen saarländischer und bundesrepublikanischer Sozialpolitik. Angesichts des in der kollektiven Erinnerung dominierenden hohen sozialpolitischen Standards an der Saar ist dies eine wichtige Fragestellung, die sozusagen als Nebenprodukt der Beschäftigung mit saarländischer Sozialpolitik, interessante Perspektiven hinsichtlich der bundesrepublikanischen Diskussion um den Familienlastenausgleich im Kontext der Rückgliederung des Saarlandes eröffnet.

³² H u d e m a n n, Französische Besatzungspolitik, S.247. Alain L a t t a r d, Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik. Der Streit Laffon-Koenig 1945-1957, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 39/1991, S.13.

Die Suche nach Interaktionen sowie nach Konvergenzen und Divergenzen soll ein durchgängig methodisches Prinzip der vorliegenden Arbeit sein. Sie verlangt die Auswertung der zugänglichen Bestände deutscher und französischer Archive. Ein methodischer Grundsatz, den Rainer Hudemann und Armin Heinen seit langem fordern, um ein ausgewogenes Bild zeichnen zu können.³³ Dies gilt für die französische Politik in der gesamten Besatzungszone einschließlich des Saarlandes. Dieser Weg dient dazu, die kollektive Erinnerung zu überprüfen und verhindert zugleich, daß sie die wissenschaftliche Auseinandersetzung manipuliert, indem sie eine bestimmte Richtung vorgibt.³⁴

Quellensituation

Auch wenn sich die Zugänglichkeit der erhaltenen Akten wesentlich verbessert hat, so bleibt hinsichtlich der Sozialpolitik und der Gewerkschaften dennoch das Problem einer insgesamt schwierigen Quellenlage.

Dadurch, daß es während der gesamten Hoffmann-Zeit keine Dienstvorschrift über die Abgabe historisch aussagekräftiger Akten an das Landesarchiv gegeben hat, sie wurde erst 1960³⁵ erlassen, entstanden in den Akten staatlicher Provenienz nicht mehr ausfüllbare Überlieferungslücken. Die Polarisierung um das Referendum hat wesentlich zu den Aktenverlusten beigetragen. Die Nachlässe von Politikern, die damals in vorderster Front standen wie Ministerpräsident Johannes Hoffmann, Dr. Edgar Hector (u.a. Innenminister 1947-1954), Dr. Emil Straus (u.a. Kultusminister 1947-1952), Richard Kirn (Minister für Arbeit und Wohlfahrt in den Koalitionsregierungen), Dr. Heinz Braun (u. a. Justizminister 1947-1952), Hubert Ney (Gründer und Vorsitzender der CDU-Saar), Kurt Conrad (u.a. Vorsitzender der DSP) und Ernst Roth (u.a. Chefredakteur der sozialdemokratischen "Volksstimme") konnten bis auf kleine Aktensplitter weder vom Landesarchiv noch von den Archiven der Partei-Stiftungen erworben werden. Verdruß, ja Verbitterung über persönliche Verunglimpfung oder als unzureichend empfundene Anerkennung haben die Betroffenen selbst und ihre Nachkommen dazu veranlaßt, die politisch interessanten und aufschlußreichen Papiere eher zu vernichten oder zurückzuhalten als an Archive abzugeben, obwohl ja gerade solche Quellen die Motivation des politischen Handelns erhellen könnten.

³³ Heinen, Probleme regionaler Gegenwartsgeschichte, S.193, 198. Hudemann, Französische Besatzungspolitik, S.243.

³⁴ Beispiele dafür, daß kollektive Erinnerungen auch wissenschaftliche Arbeiten in ihrem Urteil wesentlich beeinflussen: Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945-1949, Stuttgart 1983. Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1948, Stuttgart 1980.

³⁵ Erlaß über die Aufgaben des Landesarchivs Saarbrücken vom 20.12. 60, in: Abl.1961, S.1 f.

Gerade für die frühen Jahre erklärt auch das Hochwasser des Jahres 1947, das insbesondere Saarbrücken als Zentrum von Politik und Verwaltung erschütterte, den Mangel an Akten aus dieser Zeit.

Der Nachlaß des Hohen Kommissars und Chefs der Mission Diplomatique Gilbert Grandval konnte nach vorangegangenen Gesprächen von Rainer Hudemann mit den Nachkommen von einer Arbeitsgruppe verfilmt werden, dies gilt auch für den Nachlaß des Technischen Direktors der Saargruben Jacques Dontot. Beide Nachlässe tragen zu einer differenzierten wissenschaftlichen Aufarbeitung bei. Sie ermöglichen es, manche in der kollektiven Erinnerung anzutreffenden Verzerrungen aufzubrechen. Die restriktive Mentalität hinsichtlich der Nachlässe wirkt sich für die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Hoffmann-Zeit eher kontraproduktiv aus und konserviert damit Vereinfachungen und Überzeichnungen in der kollektiven Erinnerung.

Die Akten der CVP sind verschollen, die der SPS sollen bald nach der Fusion mit der SPD im Frühjahr 1956 vernichtet worden sein. Die Nachlässe von Richard Kirn im Landesarchiv in Saarbrücken und im Archiv für Soziale Demokratie in Bonn zeigen viele Lücken und enthalten vorrangig Drucksachen. Sie können die Verluste auch nicht ansatzweise ausgleichen. Katastrophal ist die Überlieferung der Gewerkschaften, zunächst hilft hier nur ein Blick in die Gewerkschaftspresse.

Ein anderer Faktor für die Quellenarmut ist die Struktur des Saarlandes als kleinem überschaubarem Land, in dem fast jeder jeden kennt, mit einer hohen Bevölkerungsdichte und als Land der "kurzen Wege".³⁶ Es ist zu vermuten, daß auch in der Hoffmann-Zeit vieles auf mündlichem Wege erledigt worden ist.

Dabei ist auch die damalige Personalstruktur der Ministerien zu berücksichtigen. Auf der mittleren und erst recht auf der höheren Leitungsebene bestand so gut wie keine Personalkontinuität, d. h. es konnte nicht auf einen in Ministerialgeschäften versierten Beamtenapparat zurückgegriffen werden, sondern er mußte erst aufgebaut werden, was aber sowohl durch die Entnazifizierung als auch durch Zuzugsbeschränkungen gegenüber Nicht-Saarländern erschwert wurde. So unterblieb oft die nachträgliche Fixierung von Gesprächsabläufen oder Vorverhandlungen durch Aktenvermerk oder bestätigende Schreiben. Auch die Aktenführung erscheint oft wenig professionell, was die historische Rekonstruktion politischer Entscheidungsprozesse erschwert, weil häufig die Akten nicht die Bearbeitungsstufen von Entwurf über Konzept bis zur Ausfertigung enthalten, Aktenpläne fehlen oder liegen nur unvollständig vor.

³⁶ Kurt B o h r, Ein besonderes Land. Politische Kultur im Saarland, in: Das Saarland. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Saarbrücken 1991, S.141 f.

Die Beschränkung auf mündliche Kommunikation ist jeder illegalen Tätigkeit wesensimmanent. Jede Gesprächsnotiz, jeder Entwurf eines Flugblattes konnte bei einer Polizeiaktion beschlagnahmt und als Belastungsmaterial verwendet werden. Daher war es geboten, von vornherein solche Materialien nur in geringem Umfang entstehen zu lassen und unverzüglich nach Gebrauch wieder zu vernichten.

Das Landesarchiv Saarbrücken verwahrt die erhaltenen aufbewahrungswürdigen Akten der staatlichen Behörden und Gerichte aus der Hoffmann-Ära. Naturgemäß ist für ein sozialpolitisches Thema der Aktenniederschlag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung und seiner Funktionsträger besonders wichtig. Freundlicherweise konnte der Bestand des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung vor seiner archivarischen Aufarbeitung benutzt werden. Auch wenn der Erkenntniswert eher als mittelmäßig einzuschätzen ist, so finden sich zwischen zahlreichen Drucksachen und Referentenentwürfen interessante Notizen, Vermerke und Schreiben von hohem Quellenwert. Dieser Bestand bildet die Grundlage für die Untersuchung der Sozialversicherungsreform von 1947. Die Bestände Regierungspräsidium und Verwaltungskommission wirken ergänzend und vertiefend. Besonders nachteilig wirkte sich aber aus, daß der Zugang zum provisorischen Archiv der Landesversicherungsanstalt für das Saarland nur unter restriktiven Bedingungen erfolgen konnte. Es durften keine Personalakten des Technischen und Beratenden Ausschusses der LVA eingesehen werden, eine Übersicht über die verwahrten Akten der Hoffmann-Zeit wurde nicht vorgelegt, ob eine solche überhaupt existiert, konnte nicht geklärt werden. Alles andere als kooperativ zeigte sich die Bundesknappschaft in Bochum wie auch ihre Bezirksstelle Saar.

Für die sozialpolitische Entwicklung in ihrer Breite bot sich die Kabinettsregistratur der ehemaligen Präsidialkanzlei im Landesarchiv an, die entgegen der ersten Erwartung aussagekräftig war. Sowohl die Begründung zu den Gesetzentwürfen als auch die Schreiben mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen boten zahlreiche Hinweise. Dem Schneider-Becker-Archiv waren ergänzende Informationen zu entnehmen.

Zur Überprüfung des sozialpolitischen Leistungsstandards wie auch möglicher Impulse der saarländischen Familienpolitik auf die bundesdeutsche waren die Bestände Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Arbeit und Bundesministerium des Innern im Bundesarchiv Koblenz nur zum Teil ergiebig. Speziell zur Familienpolitik erwies sich der Nachlaß von Franz-Josef Wuermeling im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin als wahre Fundgrube. Er offenbarte im Gegensatz zu der Überlieferung der im Bundesarchiv befindlichen Ministerialakten die Schärfe der Kindergelddiskussion und einer Übernahme des saarländischen Familienzulagensystems.

Zu speziellen Fragen wie der Kriegsopferversorgung und der Wiedergutmachung erwiesen sich die Plenumsprotokolle und vor allem auch die Niederschriften der Ausschüsse im Archiv des Saarländischen Landtages in Saarbrücken als ausgesprochen aussagekräftig. Sie wurden ergänzt durch die Kriegsofepresse und durch die wenigen, aber freundlicherweise einsehbaren Unterlagen des VdK-Saar und des Versorgungsamtes Saarbrücken.

Ertragreicher als die Akten saarländischer Provenienz sind die französischen, die des Außenministeriums und des Hohen Kommissars in Saarbrücken. Sie werden im Archiv des Außenministeriums am Quai d'Orsay in Paris und in der Außenstelle Nantes aufbewahrt. Sie beziehen sich zwar nur relativ selten auf Fragen des Leistungsstandards wie der Familienzulagen, der Sozialversicherung und der Rentenpolitik, dafür sind die Dossiers aber insgesamt von um so höherer Qualität und zu Fragen der Sozialpartnerschaft ergiebiger. Sie spiegeln dabei die Position des Hohen Kommissariates, der Pariser Administration, teilweise auch die der Militärregierung in Baden-Baden wider, vor allem aber auch die Haltung der französischen Funktionsträger im saarländischen Montanbereich. Ohne die französischen Akten wäre es insbesondere nicht möglich gewesen, die Mitbestimmung, die Tarifvertragsgesetzgebung sowie die Entwicklung der Gewerkschaften hinreichend zu bearbeiten. Partiiell werden sie durch die Bestände des Landesarchivs ergänzt, etwa durch den Nachlaß Heinrich Schneider, die Bestände Staatskanzlei und Amt für Auswärtige und Europäische Angelegenheiten. Hinweise zu den Gewerkschaften und zur oppositionellen Sozialdemokratie fanden sich auch in den Beständen des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Bonn. Das Fehlen von Unterlagen der Saar- wie der Heimatbundparteien konnte durch die französischen Bestände und durch den Bestand des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen im Bundesarchiv Koblenz kompensiert werden. Vor allem für die Erforschung der oppositionellen Sozialdemokratie erwies sich dieser Bestand als ergiebig, ergänzt durch Akten des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Archiv der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf, etwa durch die Protokolle des DGB-Bundesvorstandes und durch die Akten der Hauptabteilung Ausland.

Hinsichtlich der schwierigen Quellensituation zu den Gewerkschaften und zur Sozialdemokratie wurde nach möglicherweise verstreuten Akten in anderen Archiven gefahndet. Zur christlichen Gewerkschaft wie zum I.V. Bergbau konnten einige Unterlagen im provisorischen Archiv der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Bochum gefunden werden. In der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv Berlin fand sich der Nachlaß von Friedrich Bäsel, der zur KP und zu ihrer Gewerkschaftspolitik einige Hinweise liefern konnte.

Die vorliegende Studie basiert auf einer breiten Quellenbasis. Bestände unterschiedlicher Provenienz aus über 20 deutschen und französischen Archiven wurden benutzt. Wie bei jeder Untersuchung zur Zeitgeschichte wurde versucht, die Aussagen der schriftlichen Quellen durch Gespräche mit Persönlichkeiten, die im Untersuchungs-

zeitraum als Politiker und/oder Gewerkschaftler in die Sozialpolitik involviert waren, zu ergänzen, zu kontrollieren sowie zu relativieren. Dazu fanden sich freundlicherweise bereit: Aloys Schmitt (ehemaliger Vorsitzender des I.V. Bergbau und prodeutscher Gewerkschaftler), Paul Schmitt (Jugendsekretär des I.V. Bergbau), Norbert Engel, (oppositioneller Sozialdemokrat und Gewerkschaftler), Rudolf Recktenwald (oppositioneller Sozialdemokrat), Lina und Walter Bier (Mitglieder der KP-Saar; Walter Bier war Betriebsratsvorsitzender der Kokerei Reden und Mitglied im Gesamtbetriebsrat der Saargruben), Jakob Feller (CVP und stv. Vorsitzender der saarländischen Kriegsoffervereinigung) und Friedrich Diener (VdK-Saar) sowie Franz Schlehofer (Leiter der Präsidialkanzlei).

Den Mittelpunkt des ersten Abschnitts der Arbeit bildet der "Soziale Besitzstand" bzw. der soziale Leistungsstandard des Saarlandes. Am Beginn steht die Sozialversicherungsreform von 1947. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, wie sich die Neuordnungsvorstellungen der französischen Besatzungsmacht zu deutschen Traditionen und den sozialpolitischen Vorstellungen der saarländischen Parteien verhielten. Es zeigt sich hier zum einen ein Konflikt zwischen divergierenden sozialpolitischen Traditionen, zum anderen verzahnten sich bestimmte Neuordnungsvorstellungen von Sozialdemokratie und Besatzungsmacht. Wie sich angesichts dieser Konstellation die Sozialpolitik in ihrer Breite zwischen 1947 und 1955 entwickelte, ist Gegenstand des folgenden Kapitels. Dabei stehen die Familienpolitik und die Arbeitslosenversicherung, die Rentengesetzgebung und die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung im Mittelpunkt. Die sozialpolitische Entwicklung des Saarlandes wird vor dem Hintergrund der Entwicklungstendenzen und Traditionen deutscher und französischer Sozialpolitik untersucht. Zur Einschätzung des sozialpolitischen Standards wird die gesellschaftspolitische Dimension ebenso wie das Leistungsniveau berücksichtigt, wobei teilweise auch die Bundesrepublik zum Vergleich herangezogen wird. Der zweite Abschnitt geht auf die Wertung "gescheiterte Sozialpartnerschaft" im Titel der Arbeit ein und beginnt mit der Entwicklung und den Strukturen der saarländischen Gewerkschaften. In ihm werden der gewerkschaftliche Aufbau, die Bildung der Einheitsgewerkschaft und die Entstehung der christlichen Gewerkschaften sowie der Einfluß der Kommunisten auf Gewerkschafts- und Betriebsratsebene untersucht. Gerade dieses Kapitel verdeutlicht, daß einerseits zur Einschätzung bestimmter Phänomene ein Blick in andere deutsche Länder dienlich sein kann, und wie der Teilbereich christliche Gewerkschaften zeigt, ohne die Suche nach Interaktionen bestimmte Entwicklungen im dunkeln bleiben würden. Im Anschluß daran steht eine Untersuchung über die Genese der gewerkschaftlichen Opposition. Dabei wird deutlich, daß kulturelle, sozial- und mentalitätsgeschichtliche Divergenzen diese Entwicklung gefördert haben. Dieser Aspekt wird im sich daran anschließenden Kapitel über die betriebliche Mitbestimmung vertieft.

Abschließend sei auf den biographischen Anhang sowie das Personenregister hingewiesen.